

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerbevereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnementspreis
1 Mark für 1 Exempl., jedes weitere
bis zu 5 Exemplaren direkt unter
einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Str.
Oesterr. Währung.

Expedition: NW. Wandstr. 41 bei
H. Müschow. Alle Postanstalten
und Zeitungs-Expeditionen nehmen
Bestellungen an.

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

Generalrath.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche
Zeile 20 Pf. = 12 Str. Oesterr.
Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. =
9 Str. Oesterr. Währ.

Für Zusendung von Offerten unter
Chiffre durch die Redaktion resp.
Expedition werden 25 Pf. = 15 Str.
Oest. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Lenz,
NW. Strassstraße 48.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen u. sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Nr. 27.

Berlin, den 8. Juli 1887.

Vierzehnter Jahrgang.

Amflicher Theil.

Aufforderung.

Die Kassirer der örtlichen Verwaltungsstellen Stanowitz, Düsseldorf und Weingarten werden wiederholt aufgefordert, die in Nr. 23 d. Bl. bekannt gegebenen Bestände sofort einzusenden.

Desgleichen werden die Kassirer der Ortsvereine bezw. örtlichen Verwaltungsstellen Frauenwald und Lauenbach wiederholt aufgefordert, die Abschlüsse pro I. Quartal 1887 einzusenden.

H. Müschow,
Hauptkassirer.

Die Arbeiterschutzesetzgebung und die Arbeitgeber.

In den Protesten, welche zahlreiche Arbeiter, u. A. der „Zentral-Verein deutscher Industrieller“ gegen die Fortbildung der Fabrikgesetzgebung an den Reichstag erlassen hat, wird natürlich in allen Tonarten die Behauptung abgeleiert, daß die deutsche Industrie im Falle eines verstärkten Arbeiterschutzes die Konkurrenz auf dem Weltmarkte nicht bestehen könne. Daß diese Ausflucht unzutreffend ist, haben wir, schreibt die Volkszeitung, der wir diesen Artikel entnehmen, schon oft nachgewiesen, indem wir auf die immerhin dominierende Weltmarktstellung der Industrie derjenigen Staaten hinwiesen, welche eine bedeutend stärker entwickelte Arbeiterschutzesetzgebung als Deutschland aufzuweisen haben. Es muß aber anerkannt werden, daß selbst konservativere Sozialpolitiker in denselben Staaten, welche eine sehr entwickelte Fabrikgesetzgebung besitzen, auch angesichts der herrschenden Handelsströme sich doch nicht für Aufhebung der Arbeiterschutzesetze ausgesprochen haben. Im Maiheft der preussischen Jahrbücher bringt Herr Eugen v. Philippovich eine längere Abhandlung, die für unser Thema sehr interessant ist und zufällig fast gleichzeitig mit dem Protest des „Zentralvereins deutscher Industrieller“ erschienen ist. Herr v. Philippovich behandelt die Arbeiterschutzesetze „ber die gegenwärtige Lage der baltischen Weltwirtschaft auf Grund der Berichte der durch Dekret vom 29. August 1885 ernannten Kommission zur Untersuchung des Niedergangs von Handel und Industrie in England. Dort werden die Mitglieder des „Zentralverbandes deutscher Industrieller“ erstens bestätigt finden, daß die deutsche Industrie ein immer weiteres Absatzgebiet sich erobert, und daß zweitens trotz der Konkurrenz, die der englischen Industrie durch die deutsche auf dem Weltmarkte erwächst, die russischen konservativen Sozialpolitiker nicht zu fordern, sondern daß sie die Abschaffung der englischen Arbeiterschutzesetze zu fordern, sondern daß sie die Abschaffung derselben auf alle Staaten im Interesse der Arbeiter selbst wünschen.

Wie aus Philippovich's Arbeit hervorgeht, wird England auf dem Weltmarkt von den anderen industriellen Staaten, unter andern auch

namentlich von Deutschland, hart bedrängt. Auch Indien, Englands größte Kolonie und größtes Absatzgebiet, sucht sich industriell von England zu emanzipieren und namentlich die Textil-Industrie macht daselbst große Fortschritte. Allein die Zahl der im Gange befindlichen Spindeln ist von einer Million im Jahre 1876 auf jetzt zwei Millionen gestiegen. Arbeitslöhre und Rohmaterial sind billig, und es wird die Ersparniß der Produktionskosten, die daraus erzielt wird, auf 10000 Pfund St. im Jahre in einer Fabrik mit 1000 Webstühlen berechnet. Im September 1886 bestanden 92 derartige Fabriken. Eine Klage, welche auch bei Besprechung der Konkurrenzverhältnisse Großbritanniens und der kontinentalen Staaten, insbesondere Deutschlands häufig erhoben wird, betrifft den unlauteren Vorteil, welchen indische Fabrikanten aus dem Mangel einer Fabrik-Gesetzgebung zu ziehen vermöchten. Niedrigste Löhne bei 14stündiger Arbeitszeit durch alle sieben Tage der Woche seien das Mittel, durch welches Indien konkurrenzfähig erhalten wird.“

„In diesem internationalen Kampfe,“ sagt Philippovich an anderer Stelle, „ist Großbritannien vornehmlich durch zwei Umstände in Nachtheil gesetzt: seine Arbeiter erhalten höhere Löhne, haben kürzere Arbeitszeit und sind durch eine die übermäßige Produktion hindernde Fabrikgesetzgebung besser geschützt. Diese Umstände werden wenigstens von vielen Seiten als Gründe der mangelnden Konkurrenzfähigkeit angesehen. Bestritten werden sie von Unternehmern wie von Arbeitervertretern durch den Hinweis auf die größere Leistungsfähigkeit der englischen Arbeiter. Es muß merkt werden, daß weder der Bericht der Majorität, noch der der Minorität den vielfach geäußerten Wünschen nach Abänderung der Fabrikgesetzgebung zustimmt. Die Klagen über schädliche Einflüsse der Gewerbevereine werden direkt abgewiesen mit der Bemerkung, daß sich die Kommission von dem nützlichen Wirken derselben überzeugt habe; keine Vortheile der Produktion könnten die Nachtheile aufwiegen, welche in einer Verschlimmerung der Lage der Arbeiter gelegen wäre.“

Nur der Professor der politischen Oekonomie an der Universität Oxford, Bonamy Price, hat den traurigen Muth, seine abweichende Meinung mit folgenden Aeußerungen zu begründen, welche lächerlich sein würden, wenn die Sache nicht so ernst wäre. „Sie (die Aufhebung der Fabrikgesetzgebung) enthält eine spezielle Zurückweisung der großen Lehre vom Freihandel. Kürzere Arbeitsstunden geben der Nation nicht und können ihr nicht geben einen Ersatz für gewachsenen Produktionskosten oder vermindertes Erzeugniß. Sie belassen die Gemeinschaft mit theureren Gütern, um dem Arbeiter besondere Vorzüge zuzuwenden. Sie beschützen ihn und das ist eine direkte Zurückweisung des Freihandels.“ Hierzu macht Herr Philippovich die sehr zutreffende Bemerkung: „Das ist nicht mehr Freihandelsgeist, das ist die Frage des Freihandels.“

Die wachsende Stärke der Konkurrenz, die England zu bestehen hat, ist auch besonders bemerkbar an Deutschland. Und um diese

Wirkung hintanzuhalten, tritt die Minderheit der Kommission in ihrem Bericht energisch für Schutzvölle ein.

Auch Prof. Naife in Bonn glaubt, wie Phillipovich in einer Anmerkung hervorhebt, die schädigende Wirkung der hohen Löhne, kürzeren Arbeitszeit und der Fabrikgesetzgebung in England anerkennen zu müssen, stellt aber eine Ausgleichung in Aussicht, nicht durch Verschlimmerung der Stellung des englischen Arbeiters, sondern, was im sozialpolitischen Interesse jedenfalls zu wünschen wäre, durch Erhöhung der Lebenshaltung des kontinentalen Arbeiters.

Ungeachtet aller dieser Ausführungen über die Nothwendigkeit der Fortentwicklung der Fabrikgesetzgebung verliert der oben genannte Bericht des „Zentralvereins deutscher Industrieller“, den derselbe an den Bundesrath und Reichstag in Bezug auf diese Gesetzgebung erstattet hat, an Wichtigkeit und erscheint mehr oder minder verdächtig, die in demselben zu Tage tretenden Anschauungen allein im Interesse der Unternehmer geäußert zu haben. Wenn die Herren aber in ihrem Bericht auf die Fabrikgesetzgebung anderer Staaten hinweisen und zu beweisen suchen, daß dadurch, wie z. B. in der Schweiz, die Kinderarbeit aus den Fabriken in die Hausindustrie verschlagen worden ist, wodurch die Kinder aus dem Regen unter die Traufe gekommen seien, so haben sie damit nicht, wie sie meinen, bewiesen, daß die Fabrikgesetzgebung unwirksam ist, sondern es geht daraus nur hervor, daß diese Gesetzgebung auch auf die Hausindustrie ausgedehnt werden muß.

Sozialpolitische Nachrichten.

Ueber die weitere Thätigkeit unseres Genossen J. Bey für unseren Gewerbeverein ist zu berichten, daß die Reise in Bayern selbst nunmehr wohl zumeist beendet ist und Herr Bey sich jetzt nur noch nach Gausen, dann aber nach Coburg, Sonneberg, Hüttensteinach etc. wenden wird. Vorträge hielt der Redner inzwischen in Waldsassen, Amberg, Hirschau, Regensburg und wohl auch Passau. In Weiden hielt die Furcht vor dem dortigen Oberdrehler die Leute ab, auch nur die Zusammenkunft zu besuchen, die Herr Bey angeregt hatte! Die leidige Furcht vor den Arbeitgebern ist übrigens auch jetzt noch der hauptsächlichste Grund, daß die Arbeiter unserer Branche sich nicht zu energischem Handeln aufzuraffen vermögen; man erkennt rückhaltslos die mangelhaften Zustände in unseren kollegialen Verhältnissen und die Vorzüge an, die der Gewerbeverein demgegenüber bietet, aber dennoch scheut man sich, dem letzteren sich anzuschließen. — In Amberg wird sich hoffentlich ein Ortsverein bilden. Auch an den anderen Orten hatte das Auftreten des Herrn Bey wenigstens die gute Wirkung, daß die Kollegen zweckentsprechend aufgeklärt wurden. Am 10. oder 11. Juli wird die Reise, über die wir hoffentlich nachträglich noch einen Gesamtbericht zu geben in der Lage sein werden, beendet sein.

Einführung der Sonntagsruhe für die Glasarbeiter Siemens'scher Werke in Dresden und Löbtau. Die Glasmacher sind aufgefordert worden, sich zu erklären, ob sie gewillt sind, an Stelle der Sonntagschichten in den Wochentagen per Schicht $\frac{1}{2}$ Stunde länger arbeiten zu wollen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Arbeiter auf diesen Vorschlag eingehen werden, denn gerade dieser Vorschlag wurde seinerzeit von den Arbeitern an die Firma gestellt, um den für beide Theile leider so überaus schädigenden Arbeitsauschluß mit zu beseitigen; die Firma glaubte damals, auf diesen Vorschlag nicht eingehen zu können. Nun wird derselbe doch als ein vernünftiger anerkannt. Zu bemerken ist noch, daß sich die $\frac{1}{2}$ stündige Mehrarbeit nur auf die Wintermonate beschränken soll, so daß also während der warmen Jahreszeit nicht länger als bisher zu arbeiten ist. Man ist nun in den Kreisen der Arbeiter der Meinung, daß sich die Verlängerung der Arbeitszeit kaum regelmäßig werde durchführen lassen, da bei der jetzigen Arbeitszeit ohnehin schon das Glas aus den Oefen in hinreichender Weise ausgenutzt und verworthen wird. Nach diesem scheint es, daß die Verlängerung nur mehr eine Formsache ist. Im Uebrigen gratuliren wir den Siemens'schen Arbeitern zu ihrer Sonntagsruhe und wünschen, daß dieselbe für die Arbeiter aller Stätten eingeführt werden möchte.

In der Verhandlung des Reichstags über die Kinderarbeit hielt es der freisinnige Abgeordnete Baumbach für nothwendig, nach der vorzüglichen Rede seines Fraktionsgenossen Schmidt-Eberfeld noch einige, in versteckter Weise gegen denselben polemische Bemerkungen zu machen. Da wir, bemerkt hierzu die Volkszeitung, die manchesterlichen Anschauungen des Herrn Baumbach erst kürzlich näher beleuchtet haben, so würden wir jene Bemerkungen mit völligem Schweigen übergehen, wenn wir in dem amtlichen stenographischen Bericht nicht folgende, gegen den Schutz der industriellen Kinderarbeit gerichteten Sätze fänden:

„Ich erinnere daran, daß man selbst in sehr hohen Kreisen Werth darauf legt, daß eine gewerbliche Ausbildung stattfindet. Wie ich nicht anders weiß, besteht heute noch die traditionelle Bestimmung, daß sogar in dem preussischen Königshause die Prinzen ein Handwerk erlernen müssen, das hat seinen sehr guten Grund. Und man sagt sogar, daß manche hohen Herren es in solcher handwerksmäßigen Thätigkeit sehr weit gebracht haben, daß sie sogar vielleicht ohne die dreijährige Lehrzeit und ohne die dreijährige Gesellenzeit den Befähigungsnachweis des Herrn Adersmann erbringen würden.“

Eine beachtenswerthe Kundgebung aus einer Antil der jüngsten Deuschelhaeuser'schen Broschüre über „die sozialen Aufgaben der Arbeit-

geber“ in dem Fabrikantenblatt „Concordia“ (Organ des Vereins gleichen Namens), auf die Haltung der Unternehmer gegenüber den Arbeitern und insbesondere den Arbeiterkoalitionen sich beziehend, bringt der „Gewerbeverein“. Es heißt dort:

„Daß aber immer noch viele unserer industriellen Unternehmer weder Verständnis noch Billigkeit für diese ihre sozialen Pflichten haben, läßt sich nun einmal nicht leugnen; und mit Unrecht hat man dem Verfasser (Deuschelhaeuser) daraus, daß er dies unumwunden anerkennt, einen Vorwurf machen wollen. Ebenso ist es von dieser und jener Seite übel vermerkt worden, daß er es als einen „großen Mißgriff“ bezeichnet, wenn die Arbeitgeber „jeder auf abweichenden Ansichten beruhenden Arbeiterkoalition entgegenzutreten zu müssen glauben“, und er von ihnen fordert, daß sie „die Meinungs- und Koalitionsfreiheit der Arbeiter, selbst wenn deren Gebrauch sich in konkretem Falle gegen sie selbst richtet, und ihnen einmal unliequm, ja schädlich geworden ist, als ein unveräußerliches Recht derselben betrachten, überhaupt die Vertretung der Arbeiterinteressen und der gemeinsamen Organisation nicht ohne Weiteres als Feindseligkeit gegen die Arbeitgeber auffassen, dieselbe vielmehr auf gute Wege zu leiten suchen“. Und doch hat Deuschelhaeuser damit unzweifelhaft vollkommen Recht; ja es sollte gar nicht mehr nöthig sein, so etwas überhaupt noch zu sagen. Daß den Arbeitern das Koalitionsrecht eingeräumt wurde, war eine unumgängliche Konsequenz der Prinzipien, auf denen unsere heutige Wirtschaftsordnung beruht; und sich nun darüber ereifern oder es den Arbeitern verargen, ja es als eine strafwürdige Auflehnung anrechnen, wenn sie von dieser ihnen verliehenen Freiheit Gebrauch machen, das ist, man sage was man wolle, einfach unverständlich. Etwas Anderes ist natürlich die Frage, ob nicht in dieser oder jener Art von Arbeitervereinigungen in der That ein Mißbrauch des Vereins- und Koalitionsrechts, speziell eine Umgehung des Sozialistengesetzes vorliegt, wie dies von den meisten Fachvereinen mit Zug anzunehmen ist; aber sehr viele Arbeitgeber machen überhaupt keinen Unterschied, aber betrachten allen und jeden, auch den rechtmäßigsten Gebrauch des Koalitionsrechts, mit gleich feindseligen Augen, ohne zu bedenken, daß sie dadurch nur Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie treiben.“

Vermischtes.

— Aus Grenzhausen wird unterm 23. Juni berichtet: „Anlässlich der Anwesenheit des Geh. Oberregierungsraths Herrn Lüders aus Berlin fand heute im „Gasthaus zum Schützenhof“ hiersebst und unter Vorsitz des Herrn Landrath Dombois aus Montabaur eine gemeinschaftliche Sitzung des hiesigen Gemeinderaths und des Bürgerausschusses, sowie des Gemeinderaths und des Bürgerausschusses von Höhr statt. Nach längeren Verhandlungen wurden in dieser Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: Der Bau der keramischen Fachschule, welcher auf ca. 70 000 Mk. veranschlagt ist und von welchem Zeichnungen nebst Situationsplan vorlagen, soll nunmehr von Seiten der Königl. Staatsregierung endgültig ausgeführt werden. Hierzu leisten beide Gemeinden einen Beitrag von 30 000 Mk. und zwar: Höhr 20 000 Mk. und Grenzhausen 10 000 Mk. Außerdem trägt die Gemeinde Grenzhausen 2000 Mk. und Höhr die Restsumme der Kosten für den Bauplatz. Die Schule führt den Namen Grenzhausen-Höhr und domicilirt zu Höhr. — Die hierauf bezügliche Gesetzesvorlage wird wohl schon in der nächsten Landtagsession den Abgeordneten unterbreitet werden und ist alsdann an der Genehmigung derselben nicht zu zweifeln. — Damit wäre denn die seit Jahren schwebende Baufrage endlich definitiv entschieden.“

— Steingut zur Imitation gewebter Tapeten. Für die dekorative Ausstattung von Schiffsräumen hat man in neuester Zeit als gegen Witterungseinflüsse unempfindliches Material das Steingut in Betracht gezogen. Um den auf dasselbe aufgetragenen Malereien das Aussehen gewebter Tapeten zu geben, ist folgendes Verfahren angewendet worden. Das zu imitirende Gewebe wird durch Auflegen auf die noch nasse Steingutplatte abgedrückt, dann von derselben abgenommen und erst nach erfolgtem Auftragen des Gemäldes wird die Platte in den Brennofen gebracht. Der beabsichtigte Erfolg wird hierbei so vollständig erreicht, daß der Beschauer kaum zu unterscheiden vermag, ob er ein kunstreich gewebtes Bild oder ein Delgemälde auf Leinwand vor sich hat. Um alle Risse zu vermeiden, welche bei den Bewegungen des Schiffs unangenehm wirken können, müssen die Malereien matt gehalten sein. Mit derartigen Bildern, theils Städteansichten, theils allegorische Figuren darstellend und von reichen stilvollen Ornamenten umrahmt, hat die Firma G. W. Köpfer & Co. in Stuttgart, Wände, Decken und Lichtschacht in den Kabinen einer Klasse der neuen Reichspostdampfer Stuttgart, Danzig und Lübeck geschmückt. Die Platten hierzu sind von Villeron & Boch in Dresden nach Entwürfen von Professor Friedrich in Berlin hergestellt worden. (Auch die berliner Königl. Porzellan-Manufaktur fertigt solche Platten, wie unseren Lesern bereits aus den Notizen in den Nr. 17 und 19 d. Bl. bekannt ist. — Die Red. der „Volkszeitung“.)

— Der Modelleur Paul Döhl in Berlin, in dem Kreise von Kunstschülern besonders bekannt, plante am 15. Juni sein fünfundsiebzigjähriges Goldhochzeitjubiläum. Am 15. Juni 1862 etablirte sich Döhl in Berlin als Modelleur und zwar widmete er sich speziell der Erzeugung von Dekorationsgegenständen, welches Spezialfach er bis heute fortgeführt hat. In der Zeit von 1862 bis heute hat Döhl die von ihm

entworfenen Formen an ca. 800 Töpfer und Ofenfabrikanten des In- und Auslandes verkauft und sich durch künstlerische Ausführung der Modelle und durch sorgfältige Arbeit der Formen das Vertrauen seiner Kunden und den besten Ruf erworben. Die Weltener Densfabriken zählen seit Beginn seiner selbständigen Thätigkeit zu seinen Kunden.

Kleine Fachzeitung.

Neuerung im Verfahren zum Dekoriren von porösen Gegenständen, von Theodor Schur in Horsens (Dänemark); patentirt im Deutschen Reich vom 8. Juni 1886 an. Nach dem vorliegenden Verfahren, welches nur bei porösen Gegenständen, z. B. solchen aus Holz, Gips, Leder, Zement, Leinwand anwendbar ist, wird die Dekorierung vermittelst einer Beize, z. B. gewöhnlicher Holzbeize, hergestellt, indem diese in die Poren der zu verzierenden Fläche eindringt und dadurch derselben die Farbe der Beize ertheilt. Diejenigen Stellen der zu verzierenden Fläche, welche von der Beize nicht berührt werden sollen, werden mit einem Deckgrund belegt, der die weiter unten beschriebene Zusammenfassung hat. Der Deckgrund wird erst, nachdem die Beizung vollzogen ist, mit einer fettauflösenden Flüssigkeit, wie z. B. Petroleum, Benzin oder dergleichen entfernt.

Das Verfahren ist folgendes: Die Zeichnung, welche als Dekoration dienen soll, wird mit einer fetten und kompakten Farbe, mit Drückerschwärze oder autographischer Tinte auf Papier oder Leinwand gedruckt oder gezeichnet. Das ganze Blatt wird alsdann mit einem Harzpulver überpudert, welches aus Asphalt, Harz und Wachs besteht. Das Harzpulver bleibt nur auf den gedruckten bzw. gezeichneten Linien haften. Nachdem nun diese so viel Pulver wie möglich aufgenommen haben und das überschüssige Pulver von der Zeichnung entfernt ist, wird dieselbe in einen Ofen gebracht oder auch mit einem warmen Eisen überfahren, um eine Zusammenschmelzung des Harzpulvers mit der Farbe zu bewirken. Die die Zeichnung darstellenden Linien bilden auf diese Weise eine dichte Masse, welche der eigentliche Deckgrund ist.

Der so erhaltene Deckgrund wird nun mit einer Auflösung von Reis- oder Kartoffelstärke in Natronlauge überstrichen. Die Zeichnung, wie sie nunmehr präparirt ist, dient als eine Maske beim Dekoriren und wird auf den zu verzierenden, z. B. aus Holz bestehenden Gegenstand mit leichtem Druck aufgelegt und bleibt auf demselben fest haften. Hierauf wird die Papier- oder Leinwandunterlage von der Zeichnung abgelöst, indem man die Rückseite des Papiers oder der Leinwand mit Wasser befeuchtet und vorsichtig von der Maske abzieht. Letztere selbst bleibt an dem Gegenstande stehen und bildet einen soliden Deckgrund gegen die Einwirkung der Beize. Erst jetzt wird der Gegenstand mit der Beize, z. B. wenn der Gegenstand schwarz werden soll, mit der bekannten Schwarzbeize, überstrichen, welche in die nicht vom Deckgrund bedeckten Theile der zu verzierenden Fläche eindringt.

Wenn die Beizung beendet ist, wird der Deckgrund mit Petroleum, Benzin oder einem anderen geeigneten Lösungsmittel abgewaschen und der Gegenstand ist fertig decorirt.

Patent-Anspruch:

Beim Dekoriren von porösen Gegenständen die Anwendung eines aus fetter Farbe, Asphalt, Harz und Wachs bestehenden, später in der Wärme und mit einer Auflösung von Stärke in Natronlauge behandelten Deckgrundes.

Ein neues in Oesterreich-Ungarn patentirtes „**Verfahren für Glasätzungen**“ besteht in Folgendem: Das gewünschte Bild wird auf Kreidepapier mit lithographischer Kreide aufgezeichnet und auf einen lithographischen Stein u. gebracht. Mittels einer besonders präparirten Farbe wird das Bild auf ein eigenartig präparirtes Uebertragungspapier gedruckt, die bedruckte Seite desselben auf eine reine Glasplatte gelegt und zwischen Gummiwalzen durchgezogen. Nach Art des Abziehverfahrens wird das Bild auf die Glasplatte übertragen, diese mit feinem gepulvertem Harz überpudert, getrocknet und mit Flußsäure geätzt. („Keramik.“)

Litterarisches.

Meyers Volksbücher. Mit keinem buchhändlerischen Unternehmen haben wir uns jemals so im Einklang gewußt, als mit dem vorliegenden — das wirt als eine dem Zeitgeiste und dem Geschmack der Zeit angepaßte neue Auflage jener in den dreißiger Jahren erschienenen Großen-Bibliothek der deutschen Klassiker betrachten, über die wir, als litterarische Erinnerung, vor einiger Zeit anderwärts berichtet, zugleich bemerkend: daß wohl kein Unternehmen jemals die deutsche Litteratur so segensbringend in das Herz des deutschen Volkes, der Deutschen überhaupt gebracht habe, als diese Meyersche Großen-Bibliothek — durch welche aber auch zugleich das Bibliographische Institut seinen Weltruf gründete. Diese Bibliothek, die gegenwärtig in geschmackvoll zierlichen Bänden, à 10 Bf., bereits bis 348 Bänden der Art geliefert, hat ihr Programm derart erweitert, daß auch die ausländische Litteratur, in anerkannt guten Uebersetzungen, mit in den Kreis gezogen wurde.

Wichtig ist doch alle Direktoren, Rektoren, Professoren und Lehrer diese Volksbücher ihren Schülern und den Eltern derselben zur Anschaffung empfehlen. Diese Volksbücher bilden einen Schatz für jedes Haus; Segen bringend, Segen schaffend, nachhaltig, wie sonst nichts dergleichen. Leopold Ranke sagt: „Im Laufe der Jahrhunderte hat das Menschengeschlecht gleichsam einen Besitz erworben, der in dem materiellen und dem gesellschaftlichen Fortschritt, dessen er sich erfreut, besonders aber auch in seiner religiösen Entwicklung besteht. Einen Bestandtheil dieses Besitzes, sozusagen das Juwel desselben, bilden die unsterblichen Schöpfungen des Genies in Poesie, Litteratur, Wissenschaft und Kunst.“

Über immer wieder können wir den Wunsch nicht unterdrücken und müssen ihn laut werden lassen: daß man auch von oben herab den Nutzen und Segen solcher Volksbücher anerkennen möchte; daß man dieselben, gleich den Katecheten, bei jedem Buchbinder, Händler und Krämer in Dörfern und kleinen Städten käuflich erwerben könnte. Sie würden das beste Gegengift gegen die sog. Sündenropfen-Litteratur sein.

Und nun denke man sich diese Volksbibliothek in einem „Vater denkt an die Jugend und Weisheit der Zeit, wo er zum erstenmal den „Nathan“ gelesen, im „Licht der Bühne“ gesehen; die Erinnerung ist noch gerufen; er sucht zum Sohne; er schildert seine damaligen Erfahrungen — und begeisterungsvoll wird gemeinsam das Werk gelesen. Die Mütter gedenkt des Tages, wo sie den „Hohenstein“ von Faust zum erstenmal in die Hand bekam. Sie legt das Werk der Tochter vertrauensvoll auf den Tisch.

Darum nochmals: macht das Gute der Gesamtweltlitteratur — dem Volke so billig zugänglich, wie es hier das Bibliographische Institut gethan — und jeder, der es gut mit dem Volke, der Jugend meint, der so sehr mit besten Kräften solch ein Unternehmen, der Sache, so es ihm möglich, zu veranlassen, daß solche Bücher überall käuflich zu haben sind.

Wächst also diese Meyerschen Volksbücher ihren angehörten Wert zu haben — und mit Unternehmungen ähnlicher Art zum Segen und zur Veredelung des Volkes wirken. — Thue jeder das Seine dafür! Es wird hier Vieles geboten — und zumeist nur wahrhaft Gutes! F. Bruns.

Vereins-Nachrichten.

§ Berlin. (Ortsverein der Porzellan- und Glaswaler.) Auszug aus dem Protokoll der Versammlung vom 13. Juni 1887. Die gut besuchte Versammlung zeigte für das zur Berathung stehende Thema: „Diskussion über die Möglichkeit eines selbständigen Gewerkschafts der Porzellan- und verwandten Waler lebhaftes Interesse, desgleichen gestaltete sich die Diskussion ziemlich andauernd und lebhaft.“

Der Vorsitzende als Referent betonte, daß der Vorstand diese Frage nach allen Seiten hin geprüft habe, daß er suchen werde, ganz objektiv die Ansicht des Gesamtvorstandes wiederzugeben. Daß ein selbständiger Waler-Gewerkschaft von mehreren verwandten Berufen vorzugehen sei, sei wohl die Ansicht eines Jeden. Auch sei einzuräumen, daß die Interessen der einzelnen einheitslicher und wirksamer verfolgt werden könnten, als in einem gemischten Verein. Namentlich sei die fachliche Ausbildung ein Punkt, wo auf die Dauer eine vollkommene Uebereinstimmung nicht erzielt werden könne.

Der Vorstand habe jedoch die Angelegenheit namentlich mit Rücksicht auf die praktische Durchführbarkeit erwogen, namentlich auch, ob die zu erwartenden Vortheile nicht von den Nachtheilen aufgewogen würden. Wenn an manchen Orten sicher ein Zuwachs von Mitgliedern zu erwarten wäre, so dürfte doch auch nicht außer Acht gelassen werden, daß an anderen Orten leicht eine Zerstückelung der Waler in der Weise herbeigeführt werden könnte, daß ein Theil dem alten, der andere Theil dem neuen Gewerkschaft angehören würde. Doch schwerwiegend sei die Frage, ob der Arbeit der Waler an dem Vermögen des jetzigen Gewerkschafts ganz verloren gehe, und ob die Rechte der Mitglieder in verschiedener Hinsicht, so auch an den Kassen, nicht geschmälert würden. Referent glaubt, daß das kollegiale und genossenschaftliche Prinzip bei der Leitung des Gewerkschafts wohl soweit vertreten sei, daß sich eine glückliche Auseinandersetzung im gegebenen Fall wohl bewerkstelligen ließe; denn selbst auch dann seien Kartellverträge und ein freundschaftliches Hand-in-Gandgehen durchaus nothwendig. — Als ausschlaggebender Umstand, ob für die nächste Zukunft der Waler-Gewerkschaft anzustreben sei, sei für den Vorstand die Frage gewesen: ob ein Vorort gefunden werde, der allen Bedingungen, welche man an eine gute Zentralleitung stellen müsse, gerecht werden könne.

Die Bedingungen, die an die Zentralleitung (Generalkonferenz im Gewerkschaftsverein und Vorstand in der Krankenkasse) zu stellen seien, waren folgende: Vor allem müßte eine genügende Anzahl von Personen (ca. 15) gefunden werden, bei welchen nicht bloß vorübergehend, sondern auf ihre Dauer genügende Zeit und auch Fähigkeiten, Lust und Liebe zur Sache, das Vertrauen der übrigen Kollegen und vor Allem eine gewisse Unabhängigkeit wenigstens für die leitenden Personen vorhanden wären. Man könnte nur davon abrathen, wenn nur ein augenblicklicher Enthusiasmus, ein Strohfeuer vorhanden wäre. Man müßte auch abrathen, wenn die Unvollständigkeit in Bezug auf Zeit und Geld nachsehen würde. Eine Hauptleitung aber an einem Orte, wo die theilnehmenden Personen plötzlich ohne Arbeit seien, würde der Sache mehr schaden als nützen. Leider sei es doch der Fall, daß die guten Absichten seitens der Arbeitgeber nicht erkannt oder ignoriert würden, und daß man die Mitglieder und speziell die Leiter als Aufwiegler, als gefährliche Menschen ansehe. Deshalb sei auch diese Eventualität in's Auge zu fassen. Speziell auf Berlin als Vorort Bezug nehmend, glaubt der Vorstand die Frage: ob die zu stellenden Bedingungen hier erfüllt werden könnten, verneinen zu müssen. Aus allen diesen Gründen sei der Vorstandsbeschluss dahin ausgefallen, daß, obwohl der Vorstand unter günstigen Bedingungen gern einen Waler-Gewerkschaft befürworten würde, er der Versammlung empfehle, daß man zur Zeit davon absehen wolle. Doch halte es derselbe für zweckmäßig, wenn innerhalb des jetzigen Gewerkschafts an allen Orten, wo dies eben thunlich ist, sich die Waler zu Ortsvereinen der Waler konstituiren.

In der anschließenden Diskussion tritt Herr Danner, die Aeußerungen des Referenten ergänzend, dafür ein, daß man für jetzt von weiteren Schritten absehen möge.

Herr Bey erklärt, daß er ein Freund eines selbständigen Gewerkschafts der Waler sei und findet die Motive des Vorstandes für mager, ja für abschreckend; hätte man nicht vorgehen wollen, so hätte man auch diese Sache nicht vorbringen sollen. Die Waler sollten anhalt lüßig und träge ihren Berufsinteressen gegenüber zu sein, sich der jetzigen Vereinnahmung anschließen und dann, wenn sie sich stark genug fühlen, einen eigenen Gewerkschaft begründen. Er glaube auch, daß die finanziellen Auseinandersetzungen große Schwierigkeiten bieten würden, doch dürfe die Krankenkasse von ihrem Vermögen nichts herausgeben laut Befehl. Auch bezweifle er, ob der Generalkonferenz die Bildung von speziellen Waler-Ortsvereinen genehmigen werde.

Auf das Letztere antworten verschiedene Redner, daß sie für ein solches Verhalten einen richtigen Grund nicht ersehen könnten, und hätten sie zum Generalkonferenz das Vertrauen, daß er der Bildung von Waler-Ortsvereinen nichts in den Weg legen würde. Man würde sonst die Entstehung und die Tendenz der Gewerkschaft direkt verweigern.

Die gemachten Einwände anlangend, erwidert der Referent, daß es besser sei, wenn den Mitgliedern und der Krankenkasse klarer Licht über den Stand der Angelegenheit eingeschickt werde, besser als öffentlich darüber zu schweigen und dieselbe Sache in Privatkreisen zu erörtern; doch halte er daran fest, daß der Waler-Gewerkschaft sich nicht bilden sollte, d. h. daß erst die Ortsvereine da sein müssen, die der Gewerkschaft entsteht. Auch liegen sich dadurch Schwierigkeiten und Hindernisse leicht vermeiden, sowohl solche mit den anderen Berufen, als auch bei einer späteren Gründung eines „Waler-Gewerkschafts“.

Schließlich wurde mit großer Majorität folgende Resolution angenommen.

Die heutige Versammlung, obwohl im Prinzip für einen „Gewerkverein der Maler“, hält die Begründung eines solchen augenblicklich für nicht durchführbar, weil sie glaubt, daß die nothwendigen Personen der Zentralleitung noch nicht in genügender Zahl und Unabhängigkeit vorhanden sind. Dagegen empfiehlt dieselbe allen Kollegen die Begründung von „Ortsvereinen der Maler“ an allen denjenigen Orten, wo eine genügende Anzahl von Malern und die sonstigen Bedingungen zur Durchführung vorhanden sind.

Zu Punkt 2, betr. Anträge zur Verbesserung des Arbeitsnachweises, theilte zunächst Herr Dauner mit, daß die jetzige Handhabung des Nachweises nicht die genügende Sicherheit biete, er wisse niemals, ob der anfragende Maler die Stelle besetzt habe, oder umgekehrt, ob die angemeldete Stelle besetzt sei. Redner beantragt: der Verein solle Karten drucken lassen, auf welchen dann der eine Stelle zu besetzende Maler bloß ja oder nein zu schreiben brauchte. Die Versammlung nahm diesen Antrag an. Es wird noch mitgetheilt, daß im vergangenen Jahre in 167 Fällen Arbeitsnachfrage und in 73 Fällen Arbeitsangebote zu verzeichnen sind.

Unter „Verschiedenes“ wurde das Vorgehen der Maler-Innung besprochen und hat dasselbe in ausführlicher Weise in voriger Nummer der „Ameise“ Erledigung gefunden. Auch ein Antrag, in der Presse das Vorgehen der Innung zurückzuweisen, wurde angenommen.

Louis Dörr, Schriftführer.

§ Höhr-Grenzhausen. Ortsversammlung am 21. Mai 1887. Der Vorsitzende, Hr. Olapa, eröffnete die Versammlung um 9 1/4 Uhr Abends in Anwesenheit von 12 Mitgliedern. Die Tagesordnung wurde erledigt wie folgt. 1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1887: a) Kranken- und Begräbniskasse: Einnahmen 125,62 Mk., Ausgaben 90,62 Mk., Bestand 35 Mk. b) Ortsvereinskasse: Einnahmen 45,40 Mk., Ausgaben 20,25 Mk., Bestand 25,15 Mk. c) Medizinalkasse: Einnahmen 28,97 Mk., Ausgaben 5,65 Mk., Bestand 23,32 Mk. Da Revisor Ketterer verhindert war, die Kasse und Bücher zu revidiren, hat dieses Schriftführer Schmidt besorgt, und erklärt, alles in bester Ordnung befunden zu haben, wonach der Kassirer entlastet wird. 2. Für den Herrn Vorsitzenden Olapa, welcher von seinem Posten abtrat, wurde Hr. Simon Knab zu Höhr und für den abgetretenen Revisor Ketterer wurde Schriftführer Schmidt gewählt. Beide nahmen die Wahl an. Da Krankentrolleur Werner abtrat, wurde Hr. Defel als Krankentrolleur für Höhr gewählt. 3. Neueingetreten war Hr. P. Dieb, Höhr; zur Aufnahme meldeten sich ferner die Herren Lindberg Larser aus Grenzhausen (Dreher) und E. Jensen, Korfschneider, aus Höhr. Abmeldete sich Hr. W. Werner, welcher abreist. Ausgeschlossen wurde wegen Restiren der Beiträge H. W. Marcher, Dreher. 4. Der Abmarsch von hier nach Drachenfels soll von Gastwirth Wilm, Höhr, um 6 Uhr Morgens am 19. Juni 1887 stattfinden. — Anträge und Beschwerden wurden nicht eingebracht. Schluß der Versammlung um 1/2 12 Uhr Nachts.

Joh. Schmidt, Schriftführer.

§ Unterköbly. Ortsversammlung vom 2. Juli 1887. Dieselbe wurde in Anwesenheit von 6 Mitgliedern Abends 9 Uhr eröffnet. In dem Gewerkverein wurde aufgenommen der Porzellanbreher Hr. August Heinemann. Nebengesellt von Eisenberg ist Hr. Hermann Rabenstein; derselbe wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Abgemeldet hat sich Hr. Rich. Kluthard. Zum Schluß wird den Mitgliedern zur Kenntniß gebracht, daß der Termin am 21. Juni, die Klagesache Möller u. Dippe, hier, gegen Blankenberger ic. betr., gut ausgefallen sei. Die Kläger haben sämtliche Kosten zu zahlen und die Angeklagten wurden freigesprochen. Mit einem Hoch auf den Gewerkverein wurde die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

Carl Ebert, Schriftführer.

§ Jell a. S. Ortsversammlung vom 4. Juni 1887. Um 1/2 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende Herr F. Harter die Versammlung. Anwesend waren 23 Mitglieder. Zur Aufnahme haben sich gemeldet Lorenz Börsching, Zimmermann, Bernhard Häuer, Maler, Anton Groh, Maler, August Kesperer, Maler. Dann wurde eine Zuschrift des Badischen Ausbreitungs-Verbandes vorgelesen. Der Vorsitzende erklärte, man wolle dem Verbande beitreten, jedoch wurde von einigen Mitgliedern betont, der Ausbreitungs-Verband könnte für unseren Ortsverein nachtheilig sein, denn unser Ortsverein hätte seit der Gründung immer mehr im Stillen die Mitglieder herangezogen und einen guten Fortgang dabei genommen. Die Arbeitgeber hier selbst seien noch immer Gegner des Vereins. Es kam zur Abstimmung und stimmten 18 Mitglieder dafür, dem Verbande beizutreten, 5 Mitglieder dagegen. Der Beitritt soll vom 1. Juli ab erfolgen. In Betreff der Beschaffung des Bildnisses des Anwalts Dr. Max Hirsch wurde von sämtlichen anwesenden Mitgliedern gewünscht, eines für 8 Mk. kommen zu lassen und dasselbe aus dem Bildungsfond zu bezahlen. Da die Versammlungen bis jetzt immer schlecht besucht waren, so wurde eine Strafe von 10 Pf. bei jedem unentschuldigtem Fehlen in der Versammlung festgesetzt. Da weiter nichts vorlag, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß jedesmal die Versammlungen so zahlreich wie heute besucht werden mögen. Schluß 1/2 11 Uhr.

Wilhelm Ebert, Schriftführer.

Amtlicher Theil.

* Verzeichniß aufgenommenener und ausgeschiedener Mitglieder.

A. Aufgenommene Mitglieder.

1) In den Gewerkverein und die Kranken- und Begräbniskasse wurden aufgenommen:

a) unter dem 18. Juni 1887:

Höhr: A. Lüdigt;

b) unter dem 26. Juni 1887:

Sorgau: R. Mose;

c) unter dem 2. Juli 1887:

Königszell: R. Eichner, Lauscha: S. Edelmann.

2) In den Gewerkverein und die Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse wurden aufgenommen:

a) unter dem 18. Juni 1887:

Schramberg: F. Mann;

b) unter dem 2. Juli 1887:

Sorgau: R. Kübert, A. Sellensch; Lauscha: A. Traut, H. Götz, S. Otto, C. Schramm, A. Dieb, A. Fuhrmann.

3) In den Gewerkverein wurden aufgenommen: (als Tag der Aufnahme gilt der Tag der Meldung):

Neuhaldensleben: F. Dautsch.

B. Ausgeschiedene Mitglieder.

1) Aus Gewerkverein und Kranken- und Begräbniskasse:
Buckau: Steinemann; Schmiedefeld: S. Schwarznau, A. Steiner, D. Schridel, D. Peter, S. Wagner, G. Kempf, A. Kroll, F. Eger, R. Kessler, F. Sieder.

2) Aus Gewerkverein und Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse:
Stanowik: Glas; Oberhausen: Schwan.

3) Aus dem Gewerkverein:
Wallendorf: F. Graf; Schrambe: J. Hinteregger; Schmiedefeld: F. Ehrhard, G. Hof, F. Eriebel, G. Stuberrauch, A. Lindenlaub, E. Hauser, A. Graf, A. Wagner, F. Eger.

Der Generalrath und Vorstand.

Gust. Penz I,
Vorsitzender.

A. Münchow,
Sauptkassirer.

Georg Penz,
Sauptkassirer.

Versammlungskalender.

(NB. Mitglieder, welche mit den Beiträgen länger als 6 Wochen im Rückstande sind, ohne von der örtl. Verwaltung Stundung erhalten zu haben, werden gestrichen.)

* Langewiesen. Ortsversammlung am Sonnabend, den 9. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung wird baselbst bekannt gegeben. R. Pfau, Schriftführer.

* Roda. Ortsversammlung am Sonnabend, den 9. Juli, Abends 9 Uhr im Vereinslokal. Rechnung abschluß pro II. Quartal und Besprechung über Anschaffung eines Vereinschrankes. August Eichel, Vorsitzender.

* Waldenburg. Ortsversammlung am Sonnabend, den 9. Juli, Abends 8 Uhr. 1. Geschäftliches, 2. Neuwahl eines Ausschußmittgliedes, 3. Fragelasten, 4. Anträge und Beschlüsse. Julius Gerttschke, Schriftführer.

* Berlin. (Ortsverein der Porzellan- und Glasmaler.) Am Montag, den 11. Juli, Ortsversammlung in Schultheiß' Brauerei-Ausschank, Neue Jakobstr. 24/25. 1. Diskussion über die Schiedsgerichtsvorlage in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, 2. Wahl eines Vorsitzenden, 3. Verschiedenes. Louis Dörr, Schriftführer.

* Weifen. Ortsversammlung am Montag, den 11. Juli, Abends 8 Uhr. Aug. Baufe, Schriftführer.

* Moabit. Ausschußsitzung am Montag, den 11. d. M. Abends 8 Uhr bei Haag, Thurmstr. 68. G. Penz III, Schriftführer.

* Höhr-Grenzhausen. Ortsversammlung am Sonnabend, den 16. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. 1. Geschäftliches, 2. Endgiltige Besprechung über Abhaltung des Stiftungsfestes, 3. Wahl neuer Vorstandsmittglieder. Joh. Schmidt, Schriftführer.

Anzeigen.

Gewerkverein-Abzeichen, geschmackvolle Form (an der Brust sowie Uhrkette zu tragen). Desgleichen Vorsitzende, Sekretär, Kassirer, ic. Schilder. **Gewerkverein-Stempel** ic. in Kautschuk und Metall, Siegel und Petschafte sauber und billigst beim Genossen.

C. P. Leopold, Gravir-Anstalt
Hannover, Kramerstr. 15.

(1,20)

Siehe auch ersehen und ist durch jede Buchhandlung, sowie direkt von der Verlagshandlung zu beziehen.

Anleitung zum Malen auf Porzellan und Fayence

nebst Behandlung der Schmelzfarben

von

J. Romanoff.

Preis geheftet Mark 1.50.

Durch das Erscheinen des obigen, seit lange mit größter Sorgfalt vorbereiteten Werkes ist in Wahrheit ein Fortschritt errungen und eine vielfach schmerzlich empfundene Lücke ausgefüllt. Erst durch diesen leicht verständlichen Leitfaden wird den vielen Personen, welche sich bisher nur durch den Anblick von Kunstschöpfungen erfreuen durften, die Möglichkeit geboten, künstlerische Werke von bleibendem Werthe selbst herzustellen.

Berlin W. 35.

Fauerheimers Verlag.

MEYERS VOLKSBÜCHER 10 Pf.

bringen das Beste aller Litteraturen in muster-gültiger Bearbeitung, in gediegener Ausstattung und zu beispiellos billigem Preis.

Jede Nummer.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.

Verzeichniß der erschienenen Nummern gratis in allen Buchhandlungen.

Arbeitsmarkt.

Ein Arbeiter, welcher 2 1/2 Jahr in grünl. Sachen (Siligron) sowie in Draht gearbeitet hat, auch etwas Drehanarbeit versteht, sucht spätestens zum 15. Juli Stellung. — Offerten erheben an

Herrn W. W. W.

Schriftführer des Vereins der Arbeiter im Maschinenbau.

Porzellan

haben stets dauernde und zunehmende Beschäftigung in der Porzellanfabrik von

Carl Schneider & Söhne

Gratwail, Thür.